



Das Frühjahr hatte für gnadenlose Optimisten immerhin noch erfreuliche Aussichten zu bieten. Corona stand zwar vor der Tür, aber wer nicht mit existentiellen Problemen zu kämpfen hatte, konnte einem aerosolmindernden Sommer und einer ausgiebigen Outdoor-Saison entgegen sehen. Nun hat Corona inzwischen seinen Fuß in der Tür, aber die Aussicht heißt Regen, Kälte, Sturm, Hagel und viel Zeit im trauten Kreis der Liebsten. „Jetzt wird’s psychologisch, meine Herren“, wusste schon der Kalleu im Kinofilm „Das Boot“ in fester Erwartung höchst unerfreulicher Ereignisse (hier konkret: Wasserbomben). Wir bleiben optimistisch, setzen uns für kluge politische Wegweisungen ein, suchen Omas weihnachtliche Backrezepte und freuen uns schon auf den nächsten Frühling.

Foto: Pixabay

Anfang Oktober hat Berlin in Person des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller turnusmäßig für ein Jahr den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) übernommen. An Herausforderungen besteht kein Mangel. Resilienz, also Ausfallsicherheit oder auch Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft, lautet eine der Aufgaben. Was das heißt und was dabei zu bedenken ist, beschreibt Michael Müller auf **Seite 3**

Einer der wichtigsten Preistreiber auf dem Wohnungsmarkt ist die nach wie vor ungebremste Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. In der Großen Koalition war daher für die Neufassung des Baugesetzbuchs ein Passus verabredet, der genau diesem Treiben Schranken aufgezeigt hätte. Nun liegt der Entwurf vor, allerdings sucht man den Passus dort vergeblich. Kein Versehen, wie Cansel Kiziltepe und Kevin Kühnert wissen. **Seite 6**

Keine 100 Kilometer sind es von Berlin nach Polen. Und doch scheint unser Nachbarland im Bewußtsein vieler unendlich weit entfernt zu sein. Dabei gibt es viele Themen, die im beiderseitigen Interesse gemeinsam vorangebracht werden müssen, beschreibt Jürgen Murach die Arbeit der AG Polen. **Seite 8**

Michael Müller:

Deutschland zukunftsfähig machen

Seite 3

Raed Saleh:

Moderne Mobilitätspolitik

Seite 5

Cansel Kiziltepe, Kevin Kühnert:

Umwandlungsregeln im BauGB

Seite 6

Ephraim Gothe:

Neubau Mühlendammbücke

Seite 7

Dr. Jürgen Murach:

Die Arbeitsgruppe Polen

Seite 8

Gaby Bischoff:

EU: Aufbruch in die Zukunft

Seite 10

Cansel Kiziltepe:

Gründerinnen fördern

Seite 11

Heike Schmitt-Schmelz:

Kommunale Kulturförderung

Seite 12

SGK

Einladung zur

Jahreshauptversammlung der SGK Berlin e.V. am Freitag, 20. November 2020, 17.00 Uhr

Ort: BVV-Saal im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Str. 31, 10178 Berlin

Die Tagesordnung findet sich auf Seite 2 dieses Heftes.

BITTE
VORMERKEN

Wegen Corona:
Abgesagt

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Einladung zur

Jahreshauptversammlung der SGK Berlin e.V.

Tagesordnung:

1. **Eröffnung und Begrüßung**
Beschluss über die Tagesordnung
2. **Wahl der Kommissionen**
 - a. Wahl der Wahlkommission
 - b. Wahl der Mandatprüfungskommission
 - c. Wahl der Zählkommission
3. **Bericht des Vorstandes**
 - a. Bericht des Landesvorsitzenden
 - b. Bericht des Schatzmeisters
 - c. Bericht der Revisoren
4. **Aussprache**
5. **Entlastung des Vorstandes**
6. **Wahlen**
 - a. einer/eines Landesvorsitzenden
 - b. einer/eines 1. Stellvertr.
Landesvorsitzenden
 - c. von drei weiteren Stellvertr.
Landesvorsitzenden
 - d. einer/eines Schatzmeisters
 - e. einer/eines Schriftführer(s)/in
 - f. der Beisitzer/innen
 - g. der Revisoren
7. **Anträge**
8. **Verschiedenes**

**Freitag,
20. November
17.00 Uhr**

**Wegen Corona:
Abgesagt**

Ort:

BVV-Saal im Rathaus Mitte
Karl-Marx-Allee 31
10178 Berlin

ÖPNV:

U5 Schillingstraße

**Bitte Maske mitbringen und auf die
Hygieneregeln achten**

Die nächste Ausgabe

Heft 105 erscheint im März 2021.

Redaktionsschluss ist am 26.02.2021.

Redaktionelle Beiträge sind wie immer erwünscht. Bitte termingerecht per e-Mail an info@sgk-berlin.de schicken.

Bessere Wohnung gefunden? Günstigeres Bankkonto eröffnet? Frisch vermählt? E-Mail-Adresse gewechselt?

Die SGK Berlin gratuliert herzlich zu diesen erfreulichen Ereignissen.

Allerdings nicht, ohne auf die sorgenvollen Blicke unseres Schatzmeisters und Geschäftsführers hinzuweisen.

Die erfahren nämlich nichts automatisch von neuen Adressen, Kontodaten, Familiennamen – und dürfen dann mühsam nachforschen.

Daher:

Die SGK teilhaben lassen mit einer kurzen Mail an

info@sgk-berlin.de

Impressum

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in Berlin e.V. – SGK Berlin –
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel 030 / 46 92 – 134, Fax 030 / 46 92 – 116

Vorsitzender: Horst Porath

Mail an Redaktion und Vorstand: info@sgk-berlin.de

Redaktion:

Sascha Schug (V.i.S.d.P.), Heiko Hanschke,
Hans-Ulrich Oel, Norbert Przesang

Satz & Layout: Heiko Hanschke

Druck: KSH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Bankverbindung der SGK Berlin e.V.:

IBAN DE96 1005 0000 0190 5140 86
bei der Berliner Sparkasse

Deutschland zukunftsfähig machen!

Der Berliner MPK-Vorsitz wird sich vor allem mit der Coronakrise und Innovationsfähigkeit Deutschlands beschäftigen. Beides hängt eng miteinander zusammen

von Michael Müller

Resilienz ist seit der Coronakrise ein oft gebrauchtes Wort. Und es steht dabei nicht mehr nur im gesundheitlichen Kontext. Vielmehr beschäftigen wir uns in Zeiten von Corona verstärkt mit der Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft und vor allem unserer Wirtschaft. Und ja, einer vollkommen neuen und weltweiten Krise zu „widerstehen“, ist in der Tat eine Herausforderung wie wir sie selbst in unserer Stadt nicht kennen, obschon Berlin fast alle denkbaren Krisen in seiner Geschichte erlebt hat. Und es gibt keine Muster zur Krisenbekämpfung.

Man darf von Politik erwarten, dass sie nicht nach dem Prinzip „Try And Error“ arbeitet. Aber die Coronakrise verlangt auch das von uns. Denn wir befinden uns nicht nur in einer ständigen Lernkurve, sondern müssen auch und gerade bei uns in Berlin auf Landesebene und vor allem in den stark geforderten Bezirken so schnell auf neue Entwicklungen reagieren, dass ein Nachsteuern während der Prozesse nicht nur nötig, sondern unvermeidbar ist. Und gelegentlich stellt man nach Wochen oder Monaten auch fest, dass nicht alles sinnvoll oder hilfreich war. An diese neue Form von Politik mussten sich erst Gesellschaft, Wirtschaft und auch die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker gewöhnen. Die große Zustimmung in der Gesellschaft zu der bisherigen Krisenpolitik beweist, dass uns da etwas gelungen ist.

An dieser Stelle ist es wichtig zu betonen, dass alle staatlichen Stellen, ganz gleich ob auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene alles im Kampf gegen Corona tun, was in ihrer Macht steht. Und das oftmals unter schweren Bedingungen. Und ja, vor allem auf

der kommunalen Ebene an vielen Stellen mit nicht immer ausreichenden Personal- und Finanzmitteln. Hier haben Bund und Länder beschlossen nachzusteuern, aber gerade Personalaufwuchs und -qualifizierung gehen nicht von heute auf morgen.



Michael Müller

Regierender Bürgermeister von Berlin

© Senatskanzlei / Lena Giovanazzi

Deshalb bin ich dankbar dafür, dass uns zum Beispiel die Bundeswehr bei den Corona-Nachverfolgungen in den Gesundheitsämtern hilft. Wir haben diese Hilfe auch gerade in der Konferenz der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der elf größten deutschen Städte mit der Bundeskanzlerin neben vielen anderen wichtigen Beschlüssen verstetigt. Wer darauf aus ideologischen Gründen wie der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg nicht zurückgreift, spielt am Ende mit der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. >>>

Online-Seminar

Grundlagen des Bezirkshaushalts

Das Seminar richtet sich in erster Linie an gegenwärtige und angehende Bezirksverordnete und Bürgerdeputierte, steht aber allen kommunalpolitisch Interessierten offen.

Die Themen u.a.:

Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Bezirken | Einführung in die Budgetierung | Der Ablauf der Haushaltsberatungen in Bezirken und Land: Wer entscheidet wann was? | Grundlagen der Kosten-Leistungs-Rechnung und des Aufbaus eines kamerale Haushalts | Hinweise und Kniffe aus der Praxis | Wie kann ich als Bezirksverordneter den Haushalt meines Bezirkes beeinflussen?

Die ReferentInnen:

Dr. Clara West, MdA, Mitglied im Hauptausschuss

Frédéric Verrycken, Staatssekretär für Finanzen

Katrin Dube, Verwaltungsbeamtin

Dr. Annika Lange, ehem. haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Spandau

Sonnabend, 16. Januar 2021, 11.00 – 13.30 Uhr

Anmeldungen nimmt ab sofort das SGK-Büro unter haushalt@sgk-berlin.de entgegen.

Die Teilnahmegebühr beträgt 10,- €, sie wird nach technisch erfolgreicher Teilnahme per Überweisung fällig.

Für Mitglieder der SGK ist die Teilnahme unentgeltlich.

Der Beitritt zur SGK ist jederzeit möglich, die Beitrittserklärung findet sich auf www.sgk-berlin.de.

Das Seminar verwendet voraussichtlich die Plattform „Zoom“.

**SGK
Berlin**

In den letzten Monaten hat besonders die Abstimmung zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder eine große und wichtige Rolle bei der Abstimmung unserer gemeinsamen Krisenpolitik gespielt. Seit dem 1. Oktober 2020 hat Berlin turnusmäßig für ein Jahr mit mir als Regierenden Bürgermeister Berlins den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) übernommen.

Natürlich bleibt auch in den nächsten Monaten das zentrale Thema die Eindämmung der Corona-Infektionen und der Kampf gegen die Folgen. Aber Berlin will mehr. Wir wollen in Zukunft mit höherer Resilienz reagieren können und entsprechend unserem MPK-Motto „Deutschland zukunftsfähig machen! Vorsorge – Innovation – Nachhaltigkeit“ aktuelle politische Anliegen in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Digitalisierung, Klimaschutz und Energie-wende voranbringen.

Dabei sollen die Bereiche Forschung, Innovation und Wissenschaft noch stärker in den Fokus gerückt und die Schnittmengen mit Gesundheit, Wirtschaft und Verkehr ausgebaut werden. Berlin wird hierbei seine Rolle als Wissenschafts- und Innovationstreiber noch stärker hervorheben als bisher. Denn in unserer Stadt werden die Konzepte der Zukunft erdacht, entwickelt und in der Region auch immer öfter produziert. Wir schließen damit an den Themen unseres Berliner Vorsitzes der Ost-MPK in den vergangenen zwölf Monate an und werden so noch deutlicher machen, welche Innovationskraft und Industriepotenziale in Ost-Deutschland liegen.

Im Zuge der Bekämpfung der Corona-Pandemie sind die Handlungsbedarfe im Gesundheits- und Pflegewesen deutlich geworden. Dabei kann der wichtige Beitrag der Wissenschaft und Forschung bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie ermöglichen es uns, flexibel auf die sich stetig wandelnden Herausforderungen einzugehen.

Auch hat sich gezeigt, wie wichtig es in Krisenzeiten wie diesen ist, über eine kommunale Gesundheitsversorgung zu verfügen. Es ist gut, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten trotz knapper Kassen an den Gesundheitsversorgern Charité und Vivantes nicht nur festgehalten, sondern stetig in sie investiert haben. Dass die

Hälfte der Krankenhausbetten in Berlin kommunal ist, hat uns die Steuerungsmöglichkeiten und Intensivversorgung ermöglicht, die in den letzten Monaten den entscheidenden Vorteil ausgemacht hat. Es muss eine Lehre aus der Krise sein, dass Gesundheitsversorgung ohne Wenn und Aber Daseinsvorsorge ist. Nur so werden wir unsere Gesundheitsversorgung dauerhaft resilient machen.

Eine Lehre aus der Coronakrise ist aber auch: Es müssen Strategien zur Bewältigung pandemiebedingter Wirtschaftskrisen entwickelt und umgesetzt werden. Die Krise wirkt hier wie ein Lackmustest und zeigt deutlich, wo um- und nachgesteuert werden muss. Dabei stellen Investitionen in Zukunftstechnologien den Schlüssel zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit dar und es ist richtig, dass ein großer Anteil des Konjunkturprogrammes des Bundes genau hier mit seinen Förderungen ansetzt. In Berlin ergänzen wir das zielgenau mit unseren eigenen Mitteln.

Für den Innovationsstandort Deutschland bedeutet das: Wenn es uns gelingt, zukunftsfähige Industrie- und Dienstleistungssektoren aufzubauen, können Wohlstand und Beschäftigung langfristig gesichert werden. Gerade Gründerinnen und Gründer als Treiber von Innovationen sind von der Corona-Pandemie in besonderem Maße betroffen. Sie verfügen oft über wenig Rücklagen oder erwirtschaften nur geringe Gewinne. Aber auch etablierte Branchen benötigen Unterstützung. Da werden wir noch deutschlandweit finanziell nachsteuern müssen – dies jedoch zielgenau und vor allem in die zukunftssträchtigen und -fähigen Bereichen sowie in Qualifikationsmaßnahmen für Unternehmen und vor allem deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

So wie in den vergangenen Monaten wird die Ministerpräsidentenkonferenz für die Abstimmung mit der Bundesregierung und im Kampf gegen die Coronakrise und ihre Folgen eine wichtige Rolle spielen und dabei stärker als bisher Weichen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes stellen. Denn Resilienz ist kein neues Modewort, es ist der Schlüssel zukünftig nicht nur krisensicherer zu agieren, sondern vor allem unseren Wohlstand und die damit zusammenhängende soziale Gerechtigkeit zu sichern und auszubauen. Berlin wird diese Chance nutzen!

Kommunaler Rettungsschirm muss auch in 2021 wirken!

Erklärung der Bundes-SGK: „Bund muss mit in der Verantwortung bleiben“

Die Bundes-SGK begrüßt das im Rahmen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketes beschlossene Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und Länder mit dem ein wesentlicher Teil der Gewerbesteuer ausfälle in 2020 kompensiert werden kann. Besonders erfreulich ist die weitere Erhöhung der Bundesbeteiligung auf 75 % der Kosten der Unterkunft. Leider konnte wegen der fehlenden Solidarität der schwarz und schwarz-grün regierten Südländer eine einvernehmliche Lösung der Altschuldenfrage vieler finanzschwacher Kommunen, wie sie Olaf Scholz in seinem „Solidarpakt für die Kommunen“ vorgeschlagen hatte, nicht erreicht werden.

Die kommunalen Spitzenverbände haben in dem Gesetzgebungsverfahren Stellung bezogen und deutlich gemacht, dass die Kommunen auch in den kommenden Jahren mit erheblichen Steuerminder-einnahmen rechnen müssen, weshalb auch für die Jahre 2021 und 2022 weitere Hilfen des Bundes und der Länder notwendig werden. Sie fordern Bund und Länder auf, zügig auch für diese beiden Jahre eine finanzielle Perspektive für die Kommunen aufzuzeigen.

Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, betont deshalb: „Der Bund muss mit in

der Verantwortung bleiben, sei es mit einer weiteren Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, einer Kompensation von Steuerausfällen und einer Lösung der Altschuldenfrage, die immer mehr auch durch neue Schulden die Finanzkraft der Kommunen beeinträchtigt. Das enthebt die Länder nicht ihrer Verantwortung, den Kommunen klare Perspektiven aufzuzeigen.“

Mehrfach wurde in der Anhörung der Sachverständigen zu dem Gesetz betont, dass eine nachhaltige kommunale Finanzkrise drohe und zudem die Gefahr bestehe, dass sich die Schere zwischen „armen und reichen“ Kommunen noch weiter öffnen könne. Hier müsse der Bund entschieden gegensteuern, mit weiteren Unterstützungen für die Kommunen und deren Investitionsfähigkeit. Deshalb wird mit Blick auf die Zukunft auch erneut über die Frage einer Altschuldenhilfe im Sinne des von Olaf Scholz vorgeschlagenen Solidarpaktes und wirksame Maßnahmen zur Schaffung „Gleichwertiger Lebensbedingungen“ verhandelt werden müssen.

Pressemitteilung vom 14. Oktober 2020

Moderne Verkehrs- und Mobilitätspolitik für unser Land

Angebote statt Verbote

von Raed Saleh

Berlin hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer der dynamischsten und beliebtesten Metropolen weltweit entwickelt. Unsere Stadt wird in einem Atemzug mit Tel Aviv, New York, London und Paris genannt. Viele Menschen ziehen jedes Jahr aus allen Teilen Deutschlands, Europas und der Welt hier her. Unsere Stadt wächst stetig. Damit ist ein konstanter Wandel des Stadtbilds und unserer Verkehrsinfrastruktur verbunden.

Parteiübergreifend existiert mittlerweile Konsens darüber, dass wir eine moderne Verkehrswende für unsere Stadt benötigen. Wer mit dem Auto fährt, kann oft feststellen, dass wir auf den Berliner Straßen an Kapazitätsgrenzen stoßen. Stau ist zum Alltag geworden.



Raed Saleh

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Abgeordnetenhaus

Die Berlinerinnen und Berliner erwarten von der Politik zu Recht Lösungen. Die große Mehrheit möchte morgens in die Bahn und den Bus steigen, sich aufs Fahrrad schwingen, zu Fuß gehen oder mit dem Auto fahren, um pünktlich und sicher die Arbeit oder Schule zu erreichen. Es ist Aufgabe für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, diese Wünsche zu gewährleisten.

Mit diesen Herausforderungen, Angebote zu schaffen, statt Verbote zu verhängen, wie manche unserer politischen Partner sich dies wünschen, muss Politik umgehen können. Dabei müssen wir alle Verkehrsmittel berücksichtigen – den Ausbau des ÖPNV genauso wie die Verbesserung des Radwegenetzes. Ebenso gehören Sharing-Angebote dazu wie auch die Nutzung des eigenen Autos.

Wenn es für die Berlinerinnen und Berliner attraktiver ist, auf Bus oder Bahn zu setzen, da diese zuverlässig und ohne Stau eine

günstige und sichere Mobilität gewährleisten, werden sie ihr Auto in der Folge freiwillig stehen lassen. Dies entlastet nicht nur unsere Straßen, sondern schon darüber hinaus das Klima.

Woran uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht gelegen ist, ist ein ideologischer Kampf gegen das Auto. Man sollte nicht das Auto oder den Autofahrer stigmatisieren, sondern muss Strukturen schaffen, die es den Menschen erleichtern, ihr Leben ohne Auto zu gestalten. Ich möchte nicht in einer Stadt Berlin leben, deren Innenstadt sich nur Wohlhabende leisten können. Deswegen erteilen wir Plänen eine klare Absage, den Berliner Innenstadtring de facto für Autos von Durchschnittsverdienern auszusperren.

Ich möchte, dass der Krankenpfleger privat wie beruflich genauso mobil ist, wie die Rechtsanwältin vom Ku'damm. Dazu müssen wir Mobilitätsangebote schaffen und keine Verbote.

Die SPD ist und bleibt die Hauptstadtpartei. So gern wir auch in progressiven Bündnissen arbeiten, sind wir weiterhin die Einzigen, die die Interessen der Berlinerinnen und Berliner ohne ideologische Scheuklappen vertreten. Deshalb setzen Franziska Giffey und ich uns unter anderem für einen Ausbau des Berliner U-Bahnnetzes ein. Denn wir sind der Meinung, um mehr Fahrgäste zu befördern und attraktiver für neue Kunden zu werden, benötigen wir mehr Kapazitäten, eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur sowie einen intelligenten Ausbau des S-, U- und Straßenbahnnetzes. Hierbei ist uns die Schienenanbindung nach Brandenburg ebenso wichtig wie sichere Radwege an allen Hauptverkehrsstraßen in Berlin. Unsere Ziele sind ehrgeizig und werden nicht von heute auf morgen umsetzbar sein. Wir meinen es aber ernst mit der klimaneutralen Verkehrswende.

Das Stadtbild Berlins und das seiner Verkehrsinfrastruktur werden sich in den kommenden Jahren verändern. Für die Zukunft bedarf es daher einer noch engeren Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Brandenburg, um mit Blick auf die gemeinsame Metropolregion auf die wachsende Mobilität reagieren zu können. Die Auswirkungen von Verkehrspolitik sind für viele Menschen unmittelbar spürbar. Deshalb liegt es in unserer Verantwortung, die Mobilität so zu gestalten, dass die Berlinerinnen und Berliner sicher und zuverlässig ans Ziel kommen. An diesen Herausforderungen wird sich Politik, werden wir uns, messen lassen müssen.

15. DEMO-Kommunalkongress am Freitag, 30. Oktober 2020 (online)

DEMO

Auf dem 15. DEMO-Kommunalkongress am 30. Oktober 2020 trifft sich wieder die kommunale Familie – coronabedingt in diesem Jahr online. Unter dem Motto „NACHHALTIG – KONKRET – DIGITAL“ werden die aktuellen und wichtigen Themen der Kommunalpolitik diskutiert.

Zu Gast sind u.a. die DIW-Energieexpertin Claudia Kemfert und Carla Reemtsma, Sprecherin von Fridays for Future in Deutschland, sowie aus der Politik Kevin Kühnert, Lars Klingbeil und Boris Pistorius.

Das Programm, Anmelde-möglichkeiten sowie weitere Informationen finden sich unter www.demo-kommunalkongress.de.

Die Teilnahmegebühr beträgt 15,- Euro.

Schützt die Mieterinnen und Mieter vor den Zerstücklern!

Wieso wir neue Umwandlungsregeln in der BauGB-Novelle brauchen.

Von Cansel Kiziltepe und Kevin Kühnert

Zu viele Menschen können sich das Leben in ihren Nachbarschaften nicht mehr leisten. Geschweige denn in eine passende Wohnung umziehen, wenn dies – etwa aufgrund von Nachwuchs – notwendig wird. Die Angst, nicht mehr im eigenen Kiez wohnen zu können, ist ganz real und leider auch begründet. Neben dem Fakt, dass zu lange kaum neue Wohnungen gebaut wurden, liegt das vor allem an zwei Geschäftsmodellen.



Kevin Kühnert
stv. SPD-Vorsitzender

Cansel Kiziltepe
Mitglied des
Deutschen Bundestages



Erstens an Modernisierungen, die vor allem eine dauerhafte massive Mieterhöhung zum Ziel hatten. Und nicht die Verbesserung der Energiebilanzen, die wir dringend brauchen. Diesem Geschäftsmodell konnten wir mit der Verschärfung der Mietpreisbremse, Bußgeldern fürs Herausmodernisieren und dem Mietendeckel bereits einige Zähne ziehen. Das sind alles Maßnahmen, die wir als SPD maßgeblich durchgesetzt haben.

Das zweite Verdrängungs-Modell ist weiterhin vollkommen legal: Die Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen. Was die Immobilienbranche als Traum von Eigentum verkauft, bedeutet in der Realität oft erst einmal für viele Mieterinnen und Mieter den drohenden Verlust der eigenen Wohnung. Die wenigsten können sich die Marspreise leisten, für die diese Wohnungen angeboten werden. Stattdessen müssen sie sich mit Immobilienspezis rumschlagen, die versuchen, sie aus den Wohnungen rauszubekommen, um sie dann noch teurer zu verkaufen oder sich auf den Eigenbedarf der neuen Eigentümerinnen und Eigentümer einstellen.

Dieses Problem ist seit Jahren bekannt und hat sich eher noch verschärft als entspannt. Berlin ist zum Mekka der Zerstückler geworden. Weil sich das Phänomen auf ganz Deutschland ausbreitet, wurden auf Drängen der SPD schärfere Umwandlungsregeln auf dem Wohngipfel 2018 in der Großen Koalition vereinbart. Seitdem

warten wir auf die Reform des Baugesetzbuchs, die den Bezirken und Kommunen endlich Instrumente gegen diesen Wahnsinn in die Hand gibt.

Doch der CDU Abgeordnete Jan-Marco Luczak aus Tempelhof-Schöneberg und Vorsitzender der Berliner CDU-Landesgruppe hat sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Jetzt feiert er seinen „Erfolg“: Die Reform des Baugesetzes ist ohne neue Umwandlungsregeln in die Ressortabstimmung gegangen. Er setzt damit seine Politik fort, die er auch als einer der führenden Gegner des Mietendeckels zeigt. Deutlicher kann man einen Stinkefinger gegenüber den Mieterinnen und Mietern, insbesondere denen mit geringen und mittleren Einkommen, nicht zeigen.

Dabei würde ein schärferes Umwandlungsrecht auch weitere Probleme auf dem Wohnungsmarkt adressieren: Viel zu viel Geld von Investoren fließt in den Handel mit Wohnungen statt in den Neubau. Der Mehrwert von Geschäftsmodellen, die einfach nur Miets Häuser kaufen, die sie aufteilen und dann scheinbar weiterveräußern ist negativ. Schärfere Umwandlungsregeln würden die Investitionen verstärkt in den Neubausektor verschieben und so letztlich auch zu mehr Wohnungen beitragen.

Der Berliner CDU-Abgeordnete Jan-Marco Luczak rechtfertigt seine Haltung damit, dass er Wohneigentum fördern will. Leider vergisst er dabei, dass in angespannten Wohnungsmärkten das zunehmend nur noch für Menschen mit hohem Einkommen eine realistische Option ist. Modelle, die sich an Menschen mit geringen und mittleren Einkommen richten, fallen trotz Lippenbekenntnis bei ihm hinten unter: Weder das von der SPD-Fraktion geforderte Mietkaufprogramm noch gemeinsame Eigentumsformen wie Genossenschaften werden unterstützt. Die Fixierung auf klassisches Wohneigentum geht zu Lasten der vielen Mieterinnen und Mieter!

Die Wohnungskrise ist auch in Zeiten von Corona nicht beendet. Die Preisexplosion trotz der weltweiten Wirtschaftskrise zeigt dies deutlich. Deswegen gibt es keinen Grund, auch noch hinter die Beschlüsse des Wohngipfels 2018 zurückzufallen. Dazu gehört auch, dass die Zerstückelung unserer Kieze zulasten der Mieterinnen und Mieter ein Ende haben muss.

Der Artikel erschien bereits Anfang Oktober im Tagesspiegel.

Lesetipp

FES-Blog: Progressive Wirtschaftspolitik für Europa

Vor drei Monaten hat Deutschland die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union übernommen. Die Erwartungen waren von Beginn an hoch. Tatsächlich wegweisend und vor der Coronakrise noch undenkbar ist die erzielte Einigung auf ein Finanzpaket, das neben dem mehrjährigen Finanzrahmen einen Wiederaufbaufonds mit 750 Milliarden Euro umfasst. Allerdings steht die Einigung mit dem europäischen Parlament darüber noch aus und auch viele andere Probleme bleiben ungelöst.

Die Blogreihe „Progressive Wirtschaftspolitik für Europa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung begleitet die deutsche EU-Ratspräsident-

schaft mit progressiven Ideen und Argumenten zur Wirtschaftspolitik und zeigt auf, wie eine ökonomisch, ökologisch, sozial und fiskalisch nachhaltigere Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und Europa – aus progressiver Sicht – gelingen kann.

Bisher sind in der Reihe bereits über 30 Beiträge zu verschiedenen Aspekten aus der Wirtschaftspolitik erschienen, weitere sind in Vorbereitung.

Der Blog ist erreichbar unter

<https://www.fes.de/progressive-wirtschaftspolitik-fuer-europa>

Neubau Mühlendammbrücke: Wieder eine Autobahn?

Interview mit Ephraim Gothe, Bezirksstadtrat in Mitte

Im Krieg zerstört, wurde im Jahr 1968 die Mühlendammbrücke in Mitte neu aufgebaut. Dem Zeitgeist entsprechend, entstand eine achtspurige ‚Autobahnbrücke‘, auf der der Autoverkehr flüssig von der Leipziger Straße zum Alexanderplatz fließen sollte. Andere Aspekte der Stadtentwicklung waren seinerzeit offenbar nicht relevant. Nun ist die Brücke in die Tage gekommen und muß abermals neu aufgebaut werden. Bei den Wettbewerbsvorgaben der Verkehrsplanerin steht, entgegen dem Verkehrsentwicklungsplan, wiederum der Autoverkehr im Mittelpunkt – sagt Ephraim Gothe, Stadtrat für Stadtentwicklung im Bezirk Mitte und fordert eine Änderung des Planungsprozesses. Für das SGK-forum sprach Sascha Schug mit Ephraim Gothe.

SGK-forum: Verkehrssenatorin Günther möchte einen Wettbewerb für eine neue Mühlendammbrücke ausloben. Das ist doch eine gute Idee, um eine gute Gestaltqualität zu bekommen, oder?

Ephraim Gothe: Ja, ein Wettbewerb ist da genau richtig. Allerdings ist es in diesem Falle ein Realisierungswettbewerb, an dessen Ende eine Auftragsvergabe zum Bau der Brücke hängt. Es ist also gleichzeitig ein Vergabeverfahren.

Das klingt praktisch. Warum gibt es dann so viel Widerstand aus den Wohnquartieren entlang der Grunerstraße und der Leipziger Straße?

Die Kritik entzündet sich an den Wettbewerbsvorgaben und dem bisherigen Planungsprozess. Heute fahren 72.800 Autos pro Tag über die Brücke, die neue Brücke wird auf 62.800 Autos pro Tag ausgelegt. Woher diese Zahl kommt, ist völlig unklar, es gibt kein Mobilitätskonzept für die Berliner Mitte, in die sich ein so stark befahrener Straßenzug einfügt. Außerdem sieht der noch gültige Stadtentwicklungsplan Verkehr von 2011 für das Jahr 2025 nur noch eine Verkehrsstärke von 40 bis 50.000 Autos vor, eine Vorgabe einer Rot-Roten Koalition, die hier einfach mal erheblich überboten wird.



Ephraim Gothe

Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit im Bezirksamt Mitte

Was bedeutet das für die neue Brücke?

Die Vorgabe für das Mindestquerschnittsprofil sieht zwar ein separates Gleisbett für die neue Tram und Fahrradstreifen vor, aber auch zwei Autospuren je Richtung. Die Bürgersteige werden von heute 6,75 Meter, auf 4,00 Meter gekürzt. Der Bezirk fordert nur eine Autospur je Richtung und damit höchstens noch 35.000 Autos am Tag, was immer noch sehr viel ist.

Und was ist beim Verfahren bisher falsch gelaufen?

Senat und Bezirk haben sich mit Bürgerleitlinien strenge Vorgaben zur Beteiligung der Stadtgesellschaft bei solch wichtigen Projekten der Stadtentwicklung gegeben, diese kamen hier bislang überhaupt nicht zur Anwendung. Das hier vorgegebene Straßenprofil hat erhebliche Auswirkungen auf den Stadtraum, die nicht abgewogen wurden. Die Gertraudenbrücke, die ebenfalls durch einen Neubau ersetzt werden muss, ist nicht einbezogen. Ein schmaleres Brücken- und Straßenprofil würde es erlauben, am Molkenmarkt eine neue Platanenplanade, vor dem House of One einen attraktiv gestalteten Bürgersteig und auf der Nordseite der Leipziger Straße einen „Leipziger Park“ zu gestalten.

Und nun?

Wegen der Tragweite der Entscheidung fordere ich eine Befassung im Abgeordnetenhaus, eine Verschiebung des Wettbewerbsbeginns und einen vorgeschalteten Partizipationsprozess.

Vielen Dank für das Gespräch.



Die in den 1960er Jahren neu gebaute Mühlendammbrücke in Mitte. Auch in der DDR war seinerzeit die autogerechte Stadt der Maßstab aller Planungen. Das Bild zeigt die Brücke im Jahr 1978.

Foto: Bundesarchiv

AG Polen („Arbeitsgruppe Polen“):

Ein Modell für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Sozialdemokraten

von Dr. Jürgen Murach

Die AG Polen (AG des Kreisverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf) hat sich zu einem Netzwerk entwickelt, in der polnische und deutsche Sozialdemokraten für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch zu Themen der Regional- und Kommunalpolitik zusammenarbeiten. Anlass der Gründung war eine Patenschaft mit unserer Schwesterpartei in Stettin (SLD) im Jahr 2004, dem Jahr des Beitritts Polens in die EU. Unser Netzwerk hat sich auf die Wojewodschaften Lubuskie, Breslau/Niederschlesien und Opole ausgedehnt.

Mit der Erarbeitung einer „Gemeinsamen sozialdemokratischen Vision und Strategie für den Deutsch-Polnischen Grenzraum“ haben wir mit der SLD und mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine inhaltliche Grundlage der Zusammenarbeit entwickelt. Ein Schwerpunkt ist die Verbesserung der Bahnverbindungen nach Polen. Das Bahn-Angebot und die Qualität der Schieneninfrastruktur entsprechen nicht europäischen Standards und behindern das Zusammenwachsen unserer Grenzregion. Andere Themen sind die Umwelt- und Klimapolitik (gemeinsame Ablehnung der Kernenergie in Polen) und die Gleichberechtigung der Frauen.

Nach mehreren Aktionen der Stettiner und Berliner Sozialdemokraten für den zweigleisigen Ausbau der Strecke auf 160 km/h und der Elektrifizierung konnte Ende 2019 der Durchbruch erzielt werden: Die Planungen haben endlich begonnen. Möglich war dies, weil Berlin und Brandenburg sich mit 100 Mio. € beteiligen. 2026 werden nach Stettin stündlich Zugverbindungen mit Fahrzeiten unter 90 Minuten angeboten.

Wie sind die Bedingungen für Kommunal- und Regionalpolitik in Polen?

Der Staatsaufbau in Polen ähnelt dem Staatsaufbau von Frankreich, an dessen Verfassung sich Polen orientiert hatte. In der unteren Ebene steht die kommunale Selbstverwaltung. In den Städten werden die Bürgermeister direkt gewählt und bestimmen dann ihre Stadträte.

Wojewodschaften ähneln auf dem ersten Blick Bundesländern. Der Marschall wird nicht direkt, sondern vom Parlament der Wojewodschaft (Sejmik) auf Grund von Koalitionen gewählt. Andererseits gibt es dort den Woiwoden, der die Interessen der nationalen Regierung vertritt und vergleichbar dem Präfekten in Frankreich, der über eine eigene Verwaltung verfügt. Instrumente der Einflussnahme sind z.B. die Finanzverteilung der nationalen Ebene auf die Wojewodschaften (u.a. bei der Verteilung der EU-Fördermittel).

In der Zusammenarbeit der Grenzregionen der „Oder-Partnerschaft“, in der die vier grenznahen ostdeutschen Bundesländer mit den vier benachbarten polnischen Wojewodschaften einschließlich der Metropolen zusammenarbeiten, merkt man schnell, dass Großstädte mit einem Stadtpräsident, der eine große „Hausmacht“ hat, über mehr politischen Spielraum gegenüber der Zentralregierung in Warschau verfügen als die Wojewodschaften, die eher diplomatisch agieren müssen. Ein gutes Beispiel war der europa- und deutschlandfreundliche Stadtpräsident Dutkiewicz aus Breslau.

Bei der deutsch-polnischen Zusammenarbeit der Regionen und der Kommunen sind die Unterschiede der Zuständigkeiten zu beachten:

- Während Polizei und Universitäten bei uns Ländersache sind, ist dies in Polen Angelegenheit der nationalen Regierung in Warschau.
- Die Wojewodschaften sind wie die Bundesländer für den Eisenbahnregionalverkehr zuständig. Beim grenzüberschreitenden Verkehr ist allerdings die nationale Regierung der Besteller, während sich bei uns das Bundesverkehrsministerium nur um die Infrastruktur kümmert. Die polnische Kommunen sind wie in Deutschland zuständig für Busse und Straßenbahnen aber auch für S-Bahn-Systeme, die in einigen Metropolen mit den Umlandgemeinden aufgebaut werden. In Warschau wurde z.B. die S-Bahn (SKM) von der staatlichen PKP als Eigenbetrieb auf die Stadt übertragen, was die SPD für Berlin ja auch diskutiert.
- Ähnlich wie Frankreich lehnt (auch die rechtsnationale Regierung) Ausschreibungen im Regionalverkehr und Privatisierungen ab. In der Regel werden Eisenbahnverkehrsunternehmen beauftragt, die sich im Öffentlichen Eigentum befinden (z.B. PKP Intercity, Polregio oder die Niederschlesische Eisenbahn KD).
- Im Personenverkehr ist der polnische Markt für private Eisenbahnen geschlossen. Dies erschwert die Erarbeitung eines gemeinsamen Bahnkonzeptes, denn die Bundesländer müssen bis zum Grenzbahnhof den Schienenpersonennahverkehr nach dem deutschen Recht im Wettbewerb ausschreiben für einen Zeitraum von ca. 15 Jahren. In Polen übernimmt ab dem Grenzbahnhof ein polnisches öffentliches Unternehmen den deutschen Zug.

Was sind die kommunal- und regionalpolitischen Ziele der polnischen Sozialdemokraten (SLD)?

- Alle Bereiche der Daseinsvorsorge spielen eine große Rolle in den kommunalen und regionalpolitischen Wahlprogrammen der SLD.
- Einen großen Stellenwert spielen die Förderung des ÖPNV und der Bahn und die bezahlbare Mobilität für soziale schwache Bevölkerungsgruppen. Für Rentner fordert die SLD einen Nulltarif für Rentner für den städtischen ÖPNV, eine Forderung die in vielen osteuropäischen Nachbarstaaten auch angesichts der sehr niedrigen Renteneinkommen realisiert wurde.
- Beim Ausbau des Schienennetzes spielt die Straßenbahn aber auch die Einführung eines S-Bahn-Systems im Eigentum der Metropolen (ggf. mit den Umlandgemeinden) eine wichtige Rolle (z.B. in der Metropole Stettin).
- Zu den Zentralforderungen gehört auch eine Reform des maroden polnischen Gesundheitssystems, wo die SLD eine höhere Steuerfinanzierung einfordert.
- Ähnlich wie die SPD gilt der Grundsatz, dass Bildung für alle kostenlos sein sollte, was leider in Polen nicht gewährleistet ist. Viele Universitäten erheben sehr hohe Studiengebühren.
- Auffallend ist auch die hohe Priorität für die Förderung des Sports insbesondere des Jugendsports. Hier spielen Vereine eine geringere Rolle. Der Jugendsport wird direkt als kommunale Aufgabe organisiert. Viele SLD GenossInnen sind hier aktiv.

– Die Bedeutung der Umwelt- und Klimapolitik hat die SLD erkannt. Die Grünen sind schwach in Polen und nur in Universitätsstädten präsent, aber man versucht auch ihre Ziele mit zu berücksichtigen. Der von der Regierung geplante Einstieg in die Atomenergie wird abgelehnt und ein sozial verträglicher Umbau der Kohlewirtschaft in Richtung regenerativer Energie nach deutschem Vorbild wird befürwortet. Die Förderung des Radverkehrs hat auch Eingang in die Wahlprogramme gefunden.

Wie ist die politische Situation der Sozialdemokraten und deren Einflussmöglichkeiten?

Zunächst sei daran erinnert, dass die Sozialdemokraten unter schwierigen Bedingungen arbeiten: Es fehlt eine Parteienfinanzierung wie bei uns (z.B. die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden und Mitgliedsbeiträgen). Die öffentlich-rechtlichen Medien sind unter Kontrolle der rechtsnationalistischen PiS. Die Berichterstattung im Fernsehen, erinnert an die „Aktuelle Kamera“ zu Zeit der DDR. Die Propaganda wird ergänzt durch die Unterstützung der rechtsnationalistischen Regierung durch die katholische Kirche.

Eine weitere Schwierigkeit ist, dass die übrige Opposition, wie z.B. die Bürgerplattform (PO), mit der man ja bei der Verteidigung der Demokratie zusammenarbeitet, eine sehr neoliberale Politik vertritt. Die Politik ist sehr auf die USA orientiert (in der Verkehrspolitik autoorientiert) und die Bahnen und ÖPNV wurden zur Zeit der PO-Regierung vernachlässigt. Uns wurde seitens der PO oft gesagt: „Die Eisenbahn ist für uns der letzte Rest des Kommunismus“. Dagegen vertritt die PiS einige sozialdemokratische Forderungen (Kindergeld, Erweiterung des Staatssektors, Wiedereinführung des Sozialen Wohnungsbau, Modernisierung des Bahnnetzes) allerdings in Kombination mit faschistischen Politik-Elementen (Schaffung von LGBT-freien Zonen, Abschaffung der Gewaltenteilung, Kontrolle der Medien usw.)

Bei den vorletzten Wahlen hatte das SLD geführte Wahlbündnis mit einem Absturz auf 7,8% sogar den Einzug in das nationale Parlament (dem Sejm) nicht geschafft. Umso erfreulicher ist es, dass das Wahlbündnis der SLD Ende 2019 mit 12,6% mit einer 19köpfigen Fraktion wieder einziehen konnte. Darunter sind auch die Kandidaten und Landesvorsitzenden Dariusz Wiczorek aus Stettin/Westpommern, Bogusław Wontor aus Lubuskie und Marek Dyduch aus Breslau/Niederschlesien, mit denen wir seit vielen Jahren eng zusammenarbeiten.

Im Westen Polen ist die SLD traditionell stärker und schafft es bei den Kommunalwahlen gelegentlich die 20% Marke zu überschreiten. Im Osten Polens hat die SLD eher „FDP-Stärke“. Eine SLD Hochburg ist u.a. die „rote“ Stadt Swinemünde (Usedom), wo es die SLD auch mal geschafft hat, die 40% Marke im Stadtparlament zu überschreiten. In unserer benachbarten Wojewodschaft Lubuskie ist die SLD sogar in Regierungsverantwortung und stellt den für Verkehr zuständigen Vize-Marschall Tadeusz Jędrzejczak (früher Stadtpräsident von Gorzów).

Während Berlin und die ostdeutschen Länder im Verkehrsausschuss des Europaparlaments leider nicht durch einen SPE-Abgeordneten vertreten sind, hat es für die SLD wieder mit Prof. Bogusław Liberadzki für die Wahlkreise in Stettin/Westpommern geschafft. Als

Mitglied der SPE-Fraktion setzt er sich dort für die Verbesserung der deutsch-polnischen Bahnverbindungen ein. Eine wichtige Unterstützung in Brüssel war auch die Aufnahme der Bahnstrecke Berlin – Stettin in das Transeuropäische Vorrangnetz (Nordsee-Baltikum-Korridor), so dass für Berlin und Brandenburg auch zusätzliche EU-Programme (u.a. das „CEF“) zur Verfügung stehen.

Am 11. Oktober war in Stettin eigentlich geplant, dass die SLD sich mit der ebenfalls sozialdemokratisch orientierten Bewegung Wiosna (Frühling) vereinigt. Ihr Vorsitzender Biadron, der sich zu seiner homosexuellen Orientierung bekennt, ist bei jüngeren Wählern besonders in Großstädten beliebt. Leider wurde der Parteitag von den Gesundheitsbehörden wegen der ansteigenden Corona-Zahlen abgesagt.

Was plant die AG Polen im Wahlkampf 2021?

Im Bundestags- und im Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus werden wir uns nun für den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Ostbahn Berlin – Küstrin einsetzen. Sie ist eine wichtige Verbindung in unsere benachbarte Großstadt Gorzów und kürzeste Verbindung ins Baltikum. Die Bedeutung hat Polen erkannt, leider nicht unser CSU-Verkehrsminister. Hier werden wir die Ostbahn-Initiative unterstützen, in dem die IHK Ostbrandenburg treibende Kraft ist. Auf polnischer Seite haben wir wichtige sozialdemokratische Bündnispartner, z.B. den Vizemarschall Jędrzejczak



Mit dem Sonderzug „Eurocity Lassalle“ beweist die AG Polen in einer Rekordfahrt, dass eine Fahrzeit Berlin - Breslau von 3,5 Stunden möglich ist: Frank Jahnke, MdA, Innensenator Andreas Geisel, Jürgen Murach, AG Polen.

und den SPE-Abgeordneten Prof. Liberadzki. Am 5. September 2020 hatten wir trotz Pandemie eine Sonderzugfahrt mit wichtigen Bündnispartnern durchgeführt. Prof. Liberadzki wird sich für unsere Grenzregionen in Brüssel dafür einsetzen, dass auch die Ostbahn als Entlastungstrecke der „Rail Baltica“ ins Transeuropäische Netz aufgenommen wird.

Wir haben einen umfangreichen Verteiler, über den wir regelmäßig aktuelle Meldungen unserer Arbeit verbreiten („AG Polen News“). Wer Interesse hat, melde sich unter juergen.murach@gmx.de an.

Die Konferenz zur Zukunft Europas – Aufbruch in Richtung einer demokratischeren und handlungsfähigeren EU

von Gaby Bischoff

„Ihre Stimme wurde heute in Brüssel gehört. Denn Europa gelingt nur mit der Unterstützung seiner Bürgerinnen und Bürger.“ Das waren die Worte von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember 2018 nach Abschluss der von der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten veranstalteten sogenannten „Bürgerdialoge“. Doch was ist hiervon geblieben? Die Ergebnisse der Dialoge wurden auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs diskutiert und die Berücksichtigung für die Zukunft versprochen. Auch zwei Jahre später sind hieraus keine konkreten Initiativen erwachsen. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen mit einer solchen Beteiligung auf Unionsebene unzufrieden sind. Die Zeit des Wiederaufbaus zur Überwindung der Covid19-Pandemie und ihrer Folgen muss nun endlich genutzt werden, um eine neue und innovative Form der Bürger*innenbeteiligung zu wagen. Die geplante Konferenz zur Zukunft Europas bietet die einmalige Gelegenheit, dieses Versprechen in die Tat umzusetzen.

Demokratie stärken

Der erste Rückschlag für die Bürger*innenbeteiligung auf Unionsebene in der derzeitigen Legislaturperiode des Europaparlaments lag bereits in der Bestimmung von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin, die sich zuvor nicht als Spitzenkandidatin dem Wettbewerb der Ideen im Europawahlkampf gestellt hatte. Dieser Vorgang löste eine breite Debatte über den Zustand des demokratischen Systems auf Unionsebene aus. Im Eurobarometer fiel



Gaby Bischoff

Mitglied des Europäischen Parlaments

© Götz Schleser

erstmalig seit Jahren die Zustimmung zum demokratischen System der EU. Um die kritischen Stimmen zu beruhigen, griff Ursula von der Leyen den Vorschlag des Europäischen Parlaments auf, eine zweijährige Konferenz zur Zukunft Europas einzuberufen, bei welcher Themen wie das Spitzenkandidat*innenprinzip sowie auch die Einführung transnationaler europäischer Wahllisten diskutiert werden sollen. Aus meiner Sicht als Mitglied des Europaparlaments steht in Bezug auf die Konferenz insbesondere eines im Mittelpunkt: Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet den idealen Rahmen, um in enger Zusammenarbeit mit den Bürger*innen, dringend benötigte Reformprozesse voranzutreiben.

Legitimation durch Bürger*innenbeteiligung

Die politische Agenda wird in den kommenden Jahren unter anderem von Wiederaufbaumaßnahmen bestimmt sein. Dabei darf es nicht nur darum gehen, die dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie abzufedern. Gleichzeitig

bedarf es einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Europäischen Union, damit sie gestärkt und handlungsfähiger aus der Krise kommt und so in der Lage ist, die Lebensbedingungen aller Europäer*innen langfristig zu verbessern. Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet den idealen Rahmen für eine Reflektion über die Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses. Um die größtmögliche Öffentlichkeit und auch die Legitimität für diese Initiative zu schaffen, ist es jedoch entscheidend, dass die europäischen Bürger*innen von Anfang an eine zentrale Rolle spielen und ein wesentlicher Bestandteil der Konferenz sind.

Von zentraler Bedeutung ist hierbei auch, dass sich die Konferenz von den bisherigen Formaten der Bürger*innenbeteiligung in der EU unterscheidet, die sich lediglich an ein Fachpublikum wendet haben, dass sich ohnehin innerhalb eines beruflichen oder ehrenamtlichen Engagements mit der EU befasst. In einem inklusiven und offenen Prozess wollen wir insbesondere auch die Europäer*innen einbinden, die sich nicht unmittelbar von europäischer Politik angesprochen fühlen oder eben Zweifel und Vorbehalte gegenüber der EU hegen. Nur, wenn wir auch diese Kritik ernst nehmen, können wir gemeinsam Vorschläge erarbeiten, die zu einer handlungsfähigeren EU für alle Bürger*innen führen.

Eine weitere Gruppe, die besondere Beachtung finden muss, sind junge EU-Bürger*innen. Gerade für junge Menschen hat die Corona-Pandemie fatale Auswirkungen. Eine ganze Generation muss sich vorerst von dem normalen Schul- und Universitätsbetrieb verabschieden. Auch die beruflichen Perspektiven wurden durch die Folgen der Pandemie massiv beeinträchtigt. In Spanien beispielsweise ist die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Monaten auf über 40% angestiegen. Wir müssen der europäischen Jugend eine Perspektive bieten. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll hier als erster Schritt dienen, dass junge Europäer*innen die Möglichkeit erhalten, ihre Anliegen und Prioritäten, aber auch ihre Ängste und Kritik aktiv einzubringen.

Wie sollte die Konferenz zur Zukunft Europas aussehen?

In der Resolution vom 15. Januar 2020 fordern wir Europaparlamentarier*innen die Organisation der Konferenz zur Zukunft Europas in zwei eng miteinander verwobenen Dimensionen: Auf der einen Seite stehen hierbei Vertreter*innen des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente, des Rates, der Kommission, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Europäischen Ausschusses der Regionen, Sozialpartner und organisierte Zivilgesellschaft. Diese sind in der Plenarversammlung der Konferenz vertreten. Die zweite entscheidende Dimension stellen Bürger*innenversammlungen dar, mit nach repräsentativen Kriterien zufällig ausgewählten Unionsbürger*innen, die die Vielfalt der EU widerspiegeln. Diese sogenannten Bürger*innenagoren sollen zudem durch Jugendagoren ergänzt werden, um auch der besonderen Rolle von jungen Europäer*innen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren Rechnung zu tragen. Die Agoren könnten relevante Themen wie Grundrechte und -freiheiten, demokratische und institutionelle Aspekte der EU, umweltpolitische Herausforderungen, etc. aufgreifen. Zu den jeweiligen Themenfeldern sollen politische Prioritäten formuliert und konkrete Vorschläge für deren Umsetzung auf Unionsebene

ausgearbeitet werden, mit denen sich in einem zweiten Schritt die Plenarversammlung befassen soll.

Auch die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union haben Vorschläge zur Organisation der Konferenz zur Zukunft Europas vorgelegt. Zwar scheinen sie den Überlegungen des Parlaments in vielen Bereichen zu folgen, jedoch wird insbesondere die Frage der Behandlung von konkreten Vorschlägen der Bürger*innen in der Konferenz nicht beantwortet. Hier müssen die beiden Institutionen im Rahmen der nun folgenden Verhandlungen noch weiter auf den Vorschlag des Parlaments eingehen, um eine echte Bürger*innenbeteiligung zu gewährleisten.

Chance auf einen Neustart ergreifen

Die Konferenz zur Zukunft Europas sollte ursprünglich am 9. Mai 2020 – am 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung – beginnen.

Gründungslücke schließen – Gründerinnen fördern!

von Cansel Kiziltepe

Geld, Macht und Zeit sind auch im Jahre 2020 noch nicht gerecht zwischen Männern und Frauen aufgeteilt. Um endlich gleichberechtigte Teilhabe zu erreichen, müssen wir ganz unterschiedliche Baustellen anpacken. Die zugrundeliegenden diskriminierenden Strukturen betreffen alle Gesellschaftsbereiche.

Auch im Berufs- und Arbeitsleben sind Frauen noch lange nicht gleichberechtigt. Das zeigt sich an Gehaltsunterschieden und dem Gender Pay Gap oder etwa dem verschwindend geringen Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten.

Und auch bei Firmengründungen liegen Frauen immer noch weit hinter den Männern. Das ist nicht nur ungerecht, sondern lässt neue Ideen im Keim ersticken. Um gesellschaftlich aber eben auch in unserem Wirtschaftsleben Gleichstellung und Diversität zu fördern, müssen wir die hinderlichen und antiquierten Strukturen überwinden. Unternehmertum ist noch immer viel zu männlich besetzt – gleiches gilt für Führungspositionen in fast allen Unternehmen. Dass Frauen selbst gründen und Unternehmen führen, stellt einen wichtigen Schritt für progressive Ideen und mehr Gleichstellung dar.

Das Jahr 2018 verzeichnete mit 37% eine hohe Zahl an Unternehmensgründungen von Frauen, damit wird immerhin einem seit einigen Jahren insgesamt positiven Trend gefolgt. Bei den Start-ups und kleinen Unternehmen im Tech-Bereich sind Frauen aber immer noch unterrepräsentiert. In Berlin wurden in diesem Bereich gerade einmal 16,2% der Unternehmen von Frauen gegründet.

Ein nicht unbedeutendes Problem ist, dass Frauen im Durchschnitt über weniger Eigenkapital verfügen als Männer. Die Vermögensungleichheit reißt auch eine Schere zwischen die Geschlechter. Um hier eine gerechte Grundlage für mehr Gleichstellung zu erreichen, müssen wir gezielte Förderung und Unterstützung für Frauen schaffen.

Die Bundesregierung hat dafür bereits die bundesweite Gründerinnenagentur (bga) als Anlaufstelle für Beratung, Netzwerke und Veranstaltungen eingerichtet. Daneben steht die Gründerinnenzentrale Frauen in gleichen Fragen auf lokaler Ebene vor Ort bereit. Dort wird wertvolle Arbeit geleistet, die sich bereits ausgezahlt hat, aber weiter verstetigt und ausgebaut werden muss.

Initiativen wie „FRAUEN unternehmen“ oder Wettbewerbe wie „Berliner Unternehmerinnen des Jahres“ sind wichtige Ansätze, die tatkräftige Unterstützung und Netzwerke bieten, doch eine gerechte,

Aufgrund der Corona-Pandemie war dieser Termin jedoch nicht zu halten. Die Verschiebung darf jedoch nicht dazu führen, das Ziel der Durchführung einer zukunftsweisenden Konferenz unter aktiver Bürger*innenbeteiligung aus den Augen zu verlieren. Es war Jean Monnet, der Verfasser der Schumann-Erklärung, der einst sagte: „Der Mensch akzeptiert keine Veränderungen, solange er nicht das Gebot der Stunde dafür sieht, und er sieht die Notwendigkeit nicht, solange er nicht in einer Krise steckt“. Am 1. Juli übernahm Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Die deutsche Bundesregierung steht nun in der Pflicht, die Brisanz der derzeitigen Lage zu erkennen und den Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas soweit wie möglich voranzutreiben. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist die einzigartige und vielleicht auch vorerst die letzte Chance das Vertrauen der Europäer*innen (zurück) zu gewinnen, und so die EU gemeinsam in eine solidarische und krisenfeste Union zu wandeln. Nutzen wir den schuman'schen Augenblick!

gleichgestellte Wirtschaft wird nur dann Wirklichkeit, wenn endlich frauenspezifische Fördermodelle etabliert werden. Flankiert werden müssen die spezifischen Gründungsförderungen für Frauen mit um-



Cansel Kiziltepe

Mitglied des Deutschen Bundestages

fassenden gleichstellungspolitischen Maßnahmen. Vom Schließen der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen über den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung bis hin zum Ende der mittelbaren Diskriminierung im Steuerrecht haben wir noch viel vor uns, um die Gründungslücke zu schließen.

Nicht zuletzt die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben uns gezeigt, dass wir gleichstellungspolitische Errungenschaften gegen einen Rückfall in Rollenbilder der 1950er Jahre verteidigen müssen. Der staatliche Handlungsauftrag des Art. 3 Abs. 2 S. 2 unseres Grundgesetzes gilt für alle Bereiche, in denen Frauen und Männer noch nicht gleichberechtigt sind. Auch für das Schließen der Gründungslücke.

Binsenweisheit gefällig?

"Jede Zeitschrift ist nur so gut wie die Artikel, aus denen sie besteht"

Das Forum heisst nicht nur Forum, es ist auch eins. Die Redaktion nimmt gern Beiträge, Meldungen und Hinweise rund um die Berliner Kommunalpolitik entgegen:

info@sgk-berlin.de

Kommunale Kulturförderung als Chance verstehen und stärken

von Heike Schmitt-Schmelz

Musikschulen, Volkshochschulen, Museen, Theater, Bibliotheken – sie alle sind Teil der kommunalen bzw. bezirklichen Kultur und Kulturförderung. Tatsächlich umfasst dieser Bereich noch viel mehr Bereiche, wie z.B. die Aktivitäten kultureller Vereine oder verschiedenster Atelier- und Ausstellungsräume. In Berlin obliegt es den Bezirken, ein an den jeweiligen Kiezstrukturen orientiertes Kulturangebot zu organisieren. In der Kultur liegen viele Chancen, die uns bewusster werden müssen und gerade in der finanziellen Ausgestaltung neue Antworten fordern.



Heike Schmitt-Schmelz
Bezirksstadträtin
Charlottenburg-Wilmersdorf

Die bezirklichen Musikschulen bieten tausenden Schülerinnen und Schülern jedes Jahr die Möglichkeit zu musizieren. Nicht nur in Form des klassischen Unterrichts, sondern auch in Form von Schülerkonzerten, Festivals oder nationale und internationale Wettbewerbe. Musik verbindet, überwindet Grenzen, Noten werden in allen Sprachen gleich gelesen.

Es mag auch gute private Angebote geben. Die Vorteile einer starken kommunalen Förderung liegen hier beispielsweise darin, sowohl einkommensärmeren Familien dieses Angebot zu ermöglichen und zugleich auch weniger nachgefragte oder spezielle Instrumente vermitteln zu können. Die Chance liegt hier eindeutig in der Kooperation, z.B. mit Kindertagesstätten und Schulen. Auf diesem Weg können Kitas und Schulen ihr Angebot und Profil deutlich erweitern und wir bringen dieses wertvolle Angebot direkt vor Ort.

Ähnliche Vorzüge können wir bei den Jugendkunstschulen oder in kommunal organisierten Atelierangeboten für Kinder sehen. Bildung wird in Deutschland oft sehr einseitig bewertet, nämlich auf die Bildung in der Schule auf die Hauptfächer fokussiert. Aber auch der künstlerische Bereich ist ein wichtiger, er bietet Ausdrucksmöglichkeiten, Selbstwirksamkeitserfahrungen und somit Selbstvertrauen. Kunst selbst zu erschaffen eröffnet Wege, sich auszudrücken.

Auch hier sind solide Kooperationen möglich. Diese können wie in Charlottenburg-Wilmersdorf, z.B. in Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg gebildet werden. Workshops wie „Schlossgarten im Ohr – Entwicklung eines Audioguide“ oder verschiedene Kurse zeigen die Stärke dieses außerschulischen Angebots.

Auch in den kommunalen Galerien, den Museen zur Stadtgeschichte, der Volkshochschule und gerade den Bibliotheken in ihrer Entwicklung als „dritter Ort“ liegt viel Potenzial. Kunst und Kultur in seiner Vielfalt: als Ausdrucksform, als Dialogmöglichkeit zwischen Kulturen und Religionen, als Rückzugort und Ausgleich zum Alltag oder Forum für Ideen, Kritik und Politik sowie vielen mehr bleibt unverzichtbar für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Im staatlichen Handeln und auch in der Finanzierung wurde dieser Bereich lange als sogenannte freiwillige Aufgabe gesehen. Zwar stellte niemand die Bedeutung in Frage, aber der finanzielle Spielraum ist in starker Abhängigkeit von der Finanzkraft der einzelnen Kommunen. Vielmehr ist gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten oft dieser Bereich von Kürzungen betroffen, was langfristige und verlässliche Planungen erschwert.

Wenn wir Kunst und Kultur in seiner Bedeutung verstehen und die damit verbundenen Chancen sehen, müssen wir ein neues Verständnis entwickeln. In einigen Bereichen ist dies bereits auf einem guten Weg. Hier zu erwähnen sind die verschiedenen Programme zur Künstler*innen Förderung oder die Festanstellungen von Musikschullehrkräften, die der Berliner Senat in dieser Wahlperiode auf den Weg gebracht hat. Dieses gilt es fortzusetzen, auszubauen und auch mit Blick auf Künstlerinnen und Künstler, neue Kulturräume und verlässliche Finanzen zu stärken.

Stadtrundgang des August-Bebel-Instituts am 14.11.: Die Reichsforschungssiedlung in Spandau



Luftbild von 1931, Fotograf unbekannt, Quelle: GEWOBAG Archiv

Das August-Bebel-Institut lädt herzlich ein zu einem Stadtrundgang durch die Reichsforschungssiedlung mit dem Journalisten Michael Bienert am 14. November von 11.00 bis 13.00 Uhr.

Die Reichsforschungssiedlung in Spandau mit rund 3500 Wohnungen war das größte Experimentierfeld des sozialen Wohnungsbaus im Berlin der frühen 1930er Jahre. Bauhausgründer Walter Gropius, der Architekt Bruno Taut und Stadtbaurat Martin Wagner waren in den Planungsprozess der Siedlung involviert. Gebaut wurde sie nach Plänen u.a. von Paul Mebes, Fred Forbat und Otto Bartning. In der 2003 bis 2013 denkmalgerecht modernisierten Siedlung hat die noch heute existierende Wohnungsbaugesellschaft »Gewobag« eine Museumswohnung eingerichtet, die das Leben von Geringverdiener*innen im sozialen Wohnungsbau um 1931 vergegenwärtigt.

Die Teilnahmegebühr beträgt 10,- Euro, Infos und Anmeldung unter www.august-bebel-institut.de.